



Olav Gutting

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 77504

Fax 030 227 – 76137

Mehr Planungs- und Investitionssicherheit für Bauherren

Olav Gutting MdB: Bürger müssen sich auf staatliche Förderzusagen verlassen können und brauchen sichere Rahmenbedingungen für geförderten Eigentumserwerb

Bruchsal/Schwetzingen. Eine Eigentumswohnung in der Stadt oder das Eigenheim im Grünen sind für viele ein Ausdruck von Selbstverwirklichung und gelebter Freiheit. Darüber hinaus bietet Eigentum eine große Sicherheit und dient vielen Menschen auch als Altersvorsorge. Da die Baukosten in den vergangenen Monaten rasant gestiegen sind, ist dieser Traum für immer mehr Bürgerinnen und Bürger in weite Ferne gerückt. Nach Auffassung des Bundestagsabgeordneten für den Wahlkreis Bruchsal Schwetzingen, Olav Gutting (CDU), sind die bisherigen Bemühungen der Ampel-Koalition ungenügend und gleichen einem Tropfen auf den heißen Stein.

„Die von der Ampel für den Neubau zur Verfügung gestellten 750 Millionen Euro sind nicht annähernd ausreichend. Nur durch eine kurzfristige Mittelaufstockung wurde ein erneuter Förderstopp wie im letzten Jahr vermieden. Das im Juni zusätzlich gestartete Wohneigentumsprogramm für Familien ist zudem falsch konzipiert, da nur diejenigen eine Förderung erhalten, die beim Bau, kostspielige energetische Standards erfüllen“, erklärt Olav Gutting.

„Was versprochen wird, muss auch eingehalten werden. Die Bürger müssen sich auf staatliche Förderzusagen verlassen können und brauchen verlässliche Rahmenbedingungen für geförderten Eigentumserwerb. Zudem benötigen wir einen Förderrahmen, der speziell Familien mit geringem bis mittlerem Einkommen beim Erwerb von Wohneigentum unterstützt“, so Gutting weiter.

Der Traum vom Haus im Grünen oder der Eigentumswohnung in der Stadt muss für alle möglich sein. Deshalb setzt sich die CDU dafür ein, den Bundesländern zu ermöglichen, beim Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von 250.000 EUR pro Erwachsenen und 150.000 EUR pro Kind einzuführen. Zudem sollen kostentreibende Vorschriften entschlackt und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden.

Pressemitteilung